

# Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1778/2020
Amt/Aktenzeichen 67/	Datum 19.10.2020	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Kenntnisnahme	17.11.2020	Ö

## Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1436/2020 CDU, und Antrag 1652/2020 SPD, FDP, Grüne, CDU, Ortsbeirat Mainz-Finthen;  
hier: Ententeich

Mainz, 31.10.2020

gez. Eder

Katrin Eder  
Beigeordnete

## Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.  
Der Antrag ist damit erledigt.

## Sachverhalt:

Der einst künstlich angelegte „Ententeich am Warberg“ unterliegt der natürlichen Verlandung. In Folge einer Einwachsung in der Quelfassung kam es im Sommer 2020 dazu, dass der Teich nahezu vollständig trocken fiel. Um die fachlichen Hintergründe und das weitere Vorgehen zu erläutern hat das Dezernat V im September 2020 zu einem runden Tisch unter Beteiligung der Fachabteilungen des Grün- und Umweltamtes eingeladen. Zu diesem Zeitpunkt wurden seitens der Verwaltung bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt, sodass der Teich in der Folge wieder ausreichend Wasser führte.

Von zentraler Bedeutung wird aber auch weiterhin das regelmäßige Freischneiden der Zuleitung durch den Wirtschaftsbetrieb sein. Zudem wird eine verstärkte Kontrolle auf illegale Entnahme von Wasser erfolgen. Der betroffene Bereich an und um den Teich wird bereits jetzt entsprechend seines Schutzstatus als geschützter Landschaftsbestandteil (GLB) gepflegt. Inwieweit hier eine Ausweitung der Pflege unter Mithilfe der Bürgerschaft möglich ist, wird geprüft. Dies betrifft auch den ehemaligen Obstlehrpfad. Auf Wunsch des Ortsvorstehers sollen Hinweisschilder darüber aufklären, welche negativen Auswirkungen das Füttern der Enten für den Teich hat. Weitergehende bauliche Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit im Einzelfall geprüft. Der Wunsch auf Ausbaggerung des Teichbeckens birgt die Gefahr einer Beschädigung der Teichfolie, welche aufgrund der gegebenen Bodenverhältnisse zu einer vollständigen Versickerung führen könnte. Zudem würde ein enormer Kostenaufwand entstehen, der durch den städtischen Haushalt nicht gedeckt werden kann.